Jedes Jahr ein Jahrhundertbauwerk

MEINUNG Steigende Krankenkassenprämien sind der grosse Aufreger. Zugleich gibt es im Gesundheitssystem der Schweiz ein gewaltiges Sparpotenzial. Es könnte jetzt endlich – wenn auch langsam – gehoben werden. **RUPEN BOYADJIAN**

Die Kosten für das Schweizer Gesundheitswesen steigen rasch und, wie es scheint, ungebremst. 2015 lagen sie noch bei 73,3 Mrd. Fr., für das vergangene Jahr schätzt das Bundesamt für Statistik 97,1 Mrd., in diesem Jahr dürfte die 100-Mrd.-Fr.-Marke überschritten werden. Im ersten Quartal sind die Leistungen pro Person 4,9% gestiegen. Die Krankenkassenprämien könnten nächstes Jahr dank Reserven aus den Vorjahren dennoch weniger als 5% aufschlagen. Ein schwacher Trost.

Der riesige Kostenblock der Gesundheitsversorgung ist der Elefant im Raum, wenn über Möglichkeiten zur Entlastung von Privatpersonen oder über Sparmassnahmen der öffentlichen Hand diskutiert wird. Denn seit längerem ist bekannt, dass das Schweizer Gesundheitswesen bedeutende Ineffizienzen aufweist.

Eine vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gegebene Studie hat ein Sparpotenzial von 16 bis 19% bei den Leistungen ausgemacht, die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) bezahlt werden. Das Sparpotenzial ergibt sich aus unnötigen Behandlungen und überteuerten Leistungen. Die Krankenkassenverbände Santésuisse und Curafutura weisen regelmässig auf Sparpotenzial hin, etwa bei Medikamentenpreisen, ungeeigneten Tarifstrukturen, Fehlanreizen oder administrativem Aufwand.

«Im Jahr 2150 könnte die Schweiz das ganze Sparpotenzial gehoben haben.»

Teure Ineffizienz

Die Autoren glauben, die ermittelten 16 bis 19% könnten das tatsächliche Sparpotenzial sogar noch unterschätzen. Das mache die bis dahin unter Experten kursierende grobe Schätzung von 20% «recht plausibel». Derzeit entspricht das einer Summe von rund 20 Mrd. Fr. Dieses Sparpotenzial nicht auszuschöpfen, bedeutet eine enorme Verschwendung von Ressourcen, die andernorts dringend gebraucht werden. Etwa für die Altersvorsorge, die in finanzieller Schieflage ist, oder für die geforderte Erhöhung der Militärausgaben oder den beschleunigten Ausbau alternativer Energien. Oder, oder, oder.

Man muss sich die Dimensionen vergegenwärtigen: Der 2016 eröffnete Gotthard-Basistunnel – mit 57 Kilometern der längste Eisenbahntunnel der Welt – hat 12,2 Mrd. Fr. gekostet. Der gesamte Neat-Ausbau inklusive Lötschberg-Basistunnel, Ceneri-Tunnel und Zufahrtsstrecken hat 23 Mrd. Fr. verschlungen. Ein Jahrhundertbauwerk. Mit dem ineffizienten Gesundheitswesen leistet sich die Schweiz also in einem Jahr (plus knappen zwei Monaten) ein Jahrhundertbauwerk – und sprengt es nach Vollendung in die Luft. Das wiederholt sich alle vierzehn Monate, solange das Sparpotenzial nicht gehoben wird.

Doch auch wenn eine Gesundheitsversorgung von gleicher Qualität 20% weniger kosten würde, kann das ganze Sparpotenzial in der Realität nie gehoben werden. Das räumen auch die Studienautoren ein. Denn die Akteure im Gesundheitswesen sind auch in Zukunft Menschen. Es werden nie alle Ärzte nur das wirklich Nötige anordnen. Auch werden sich nie alle Patienten mit der kosteneffizientesten Behandlung zufriedengeben, die ihnen ihr Arzt empfiehlt. Zudem werden die Leistungen auch künftig (scheinbar) grösstenteils von Dritten bezahlt, seien es Versicherungen oder die öffentliche Hand. Das mindert den Anreiz, immer die kosteneffizienteste Wahl zu treffen.

Ein Teil des postulierten Sparpotenzials von 20% dürfte ausserdem durch bereits umgesetzte oder beschlossene Massnahmen ausgeschöpft worden sein. Ab nächstem Jahr gilt der neue Arzttarif Tardoc. Er soll zwar nicht unmittelbar die Kosten senken, sie aber besser überwachen und gegebenenfalls Gegensteuer ermöglichen. Das Stimmvolk hat im vergangenen Jahr die «einheitliche Finanzierung der Leistungen» (Efas) angenommen, was einen Teil der Fehlanreize im System beseitigen wird. Ab 2028 sollen die Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung im stationären und im ambulanten Bereich mit einem einheitlichen Verteilerschlüssel zwischen den Krankenkassen und den Kantonen finanziert werden. Ab 2032 sollen die Pflegeleistungen hinzukommen.

Das Ziel ist es, teure stationäre Behandlungen vermehrt ambulant durchzuführen, was günstiger ist. Eine Studie von Polynomics im Auftrag des BAG schätzt das Sparpotenzial auf bis zu 300 Mio. Fr. pro Jahr und nach Einbezug der Pflege auf bis zu 440 Mio. Fr. Die Befürworter von Efas, darunter Krankenkassenverbände und kantonale Gesundheitsdirektoren, haben von Einsparungen «im Milliardenbereich» gesprochen. Bereits 2012 wurde eine dreijährliche Überprüfung und allfällige Anpassung der Medikamentenpreise eingeführt. Sie soll seither kumuliert 1,4 bis 1,5 Mrd. Fr. gespart haben, pro Jahr also etwas mehr als 100 Mio. Fr. Die später eingeführte Förderung von Nachahmerprodukten (Generika, Biosimilars) soll allein im Jahr 2023 die Rechnung um 700 Mio. Fr. erleichtert haben.

Ein behördlicher Eingriff in die Margen, die Apotheken und Ärzte für Medikamente erzielen dürfen, soll weitere rund 300 Mio. Fr. bringen. Der Bund handelt auch vermehrt Volumenrabatte für hochpreisige, neue Medikamente mit den Pharmakonzernen aus, etwa Therapien gegen Krebs oder seltene Krankheiten. Das Verhandlungsresultat bleibt aber unter Verschluss, belastbare Schätzungen zu den Einsparungen gibt es nicht.

Mit allen Massnahmen zusammen könnten die Einsparungen bei den Medikamenten wohl an die 1,5 Mrd. Fr. pro Jahr erreichen. Es ist der Bereich, in dem bisher die intensivsten Sparbemühungen stattgefunden haben. Dennoch steigen die Ausgaben für Medikamente in der Schweiz, im Jahr 2023 waren es 4,6%. Der Anteil der Medikamente an den Ausgaben für das gesamte Gesundheitswesen ist in den vergangenen zehn Jahren aber ziemlich stabil geblieben und hat 2023 10,6% erreicht.

Je nachdem, ob bei den Einsparungen durch Efas die Schätzung von Polynomics (440 Mio. Fr. nach 2032) oder der Abstimmungsbefürworter (ca. 1 Mrd. Fr.) genommen wird, würden die bis Anfang des nächsten Jahrzehnts umgesetzten Reformen alles in allem Einsparungen von gegen 2 bis 2,5 Mrd. Fr. und mit ein bisschen Optimismus vielleicht 3 Mrd. Fr. bringen. Innerhalb von zwanzig Jahren wären so 10 bis 15% des postulierten Sparpotenzials von 20% ausgeschöpft worden.

Kosten werden nur gedämpft

Wenn es in dem Tempo weitergeht, könnte die Schweiz im Jahr 2150 das ganze Potenzial gehoben haben. Nehmen wir an, die tatsächlich realisierbaren Einsparungen lägen bei 10%, wäre das Sparziel bereits um 2080 erreicht. Nehmen wir an Volksvertreter, Beamte sowie Spitalverbände, Apotheken, Ärzte, Pharmaunternehmen und nicht zuletzt auch die Stimmbürger würden innerhalb von fünf Jahren eine grosse Gesundheitsreform beschliessen. Diese könnte dann innerhalb von zehn Jahren bis 2040 umgesetzt werden und am Ende die Kosten im Gesundheitswesen um 10% senken.

Wobei es richtiger wäre, von Kostendämpfen zu sprechen. Vielleicht gäbe es zwar mal ein Jahr mit nominell fallenden Ausgaben. Eine grosse Reform würde voraussichtlich aber nur das Kostenwachstum während ihrer Umsetzung stark drücken. Während dieser Zeit würden die Prämien nur minim aufschlagen. Danach würden sie im Verhältnis zum Einkommen voraussichtlich einen kleineren Anteil am Haushaltsbudget ausmachen. Die Bürger müssten jedenfalls jährlich 10 Mrd. Fr. weniger an eigenen Zahlungen, Prämien und Steuern für das Gesundheitswesen aufbringen, als es ohne die Reform der Fall gewesen wäre.

Von 2040 bis 2080, dem Jahr, in dem das Sparpotenzial mit dem derzeitigen Reformtempo ausgeschöpft worden wäre, hätte die Schweiz ganze siebzehn Neats nicht bauen und in die Luft sprengen müssen. Stattdessen hätte sie die Bevölkerung um 400 Mrd. Fr. entlasten oder dieses Geld ganz oder teilweise in andere Jahrhundertbaustellen investieren können.

Wie viel Kapital für UBS?

LEA FÄH
Redaktorin zum Thema UBS

Nach langem Warten ist es endlich so weit: Am Freitag vor Pfingsten wird der Bundesrat offenbaren, wie hart er UBS an die Kandare nehmen will. Dann gibt es Antwort auf die Gretchenfrage, die den ganzen Finanzplatz umtreibt: Wie viel Eigenkapital muss UBS künftig als Sicherheitspolster halten? Angeblich hat das Lobbying der Bank nicht bei der Regierung verfangen.

Als diejenige Finanzministerin in die Geschichte einzugehen, die die einzig verbleibende Schweizer Grossbank zu wenig gemassregelt hat, kommt für Karin Keller-Sutter wohl nicht infrage. Sie wird darum die Maximalvariante fordern. Das heisst: eine Kapitalunterlegungspflicht von 100% für die ausländischen Töchter, sodass sie notfalls ganz abgeschrieben werden können. Für UBS bedeutet das einen zusätzlichen Kapitalbedarf von bis zu 25 Mrd. $. Dementsprechend ist das Geschrei aufseiten der Bank gross.

In der Kapitalfrage jetzt die harte Keule auszupacken, das ist gut so. Und zwar aus einem einfachen Grund: Für UBS steht bereits das Hintertürchen offen. Endgültig über das Gesetz für die Kapitalausstattung der systemrelevanten Bank entscheiden wird das Parlament – oder gar das Stimmvolk, wenn es zum Referendum kommt. Das ist voraussichtlich erst im Jahr 2028 der Fall.

Ganz so schlimm, wie UBS jetzt den Teufel an die Wand malt, wird es also nicht kommen. Den Lobbyisten bleibt genügend Zeit, doch noch zu Bundesbern durchzudringen. Wer dem politischen Prozess in der Schweiz folgt, weiss: Über die Jahre erlahmt der Reformwille schnell einmal. Die in gutschweizerischer Manier ausgehandelte Kompromisslösung dürfte für UBS so auch verkraftbar bleiben.

Bitcoin: Bewährtes und Digitales

MEINUNG Der Leitartikel von Pirmin Hotz zur führenden Kryptowährung hat grosses Interesse und auch Kritik ausgelöst. Eine Replik. **STEFAN HÖCHLE**

Im FuW-Leitartikel von vergangener Woche mit dem Titel «Die grösste Blase aller Zeiten» gibt Autor Pirmin Hotz einen schönen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen rund um den Bitcoin – und zieht leider die falschen Schlüsse daraus. Doch dahinter steckt mehr als ein Schneeballsystem. Der Bitcoin wurde als Alternative zu den heutigen Fiatwährungen konzipiert. Inspiriert durch physisches Gold, das Jahrtausende als Geldmittel diente, vereint die Blockchain-Währung das Bewährte mit dem Digitalen.

Eine Obergrenze gewährleistet absolute Knappheit, das Schürfen mit echten Ressourcen schafft Sicherheit, und ein dezentralisiertes Knotensystem minimiert die Abhängigkeit von lokalen Akteuren. Zusätzlich erlaubt die Blockchain-Technologie globale Transfers mit einer Leichtigkeit, die sich Gold nur erträumen könnte.

Frage des intrinsischen Werts

Eine beliebte Kritik am Bitcoin bemängelt das Fehlen eines inneren Werts, die auch vom Gastautor mit Verweis auf Aktien vorgebracht wird. Die Kryptowährung generiert keinen Cashflow, wirft keine Dividende ab und kann nicht in Schmuck gegossen werden. Macht sie das wertlos? Wer diese Frage bejaht, kann den Wert verschiedener Güter wie Gold, Kunst oder auch Fiatgeld nur schwer begründen.

Denn was den Wert eines Vermögenswerts ausmacht, sind Angebot und Nachfrage. Steigt die Nachfrage bei konstantem Angebot, erhöht sich der Preis. Das definiert die Wertbestimmung in einem freien Markt und unterscheidet sich klar von Ponzi-Schemata. Früheinsteiger werden nicht durch rückfliessendes Kapital neuer Investoren bezahlt, sondern profitieren von Marktmechanismen. Gold generiert ebenfalls keinen Umsatz und gilt trotzdem als langfristiger Wertspeicher.

«Unsere Fiatwährungen werden jedes Jahr entwertet. Dem wirken knappe Werte wie Bitcoin entgegen.»

Bitcoin existiert erst seit fünfzehn Jahren und weist eine kleinere Marktkapitalisierung auf als einzelne Unternehmen wie Microsoft und Nvidia. Entsprechend ist er volatil. Bereits kleine Verschiebungen in der Nachfrage lassen den Preis nach oben schnellen. Assoziationen mit historischen Blasen wie der Tulpenmanie, wie Pirmin Hotz sie vorbringt, liegen auf der Hand, hinken aber ebenfalls.

Erstens werden Blasen in der Regel durch eine kurze Lebensdauer definiert. Der bekannte Ansturm auf Tulpen während des 17. Jahrhunderts war in unter vier Jahren vorbei und ereignete sich nie wieder. Der Bitcoin hingegen steckt bereits in seinem vierten Aufwärtszyklus. Auf Übertreibungsphasen folgten Korrekturen, die den Weg für die nächsten Anläufe ebneten. Auch das ist natürliches Marktverhalten.

Den Zeitgeist getroffen

Zweitens gibt es fundamentale Treiber für den Bitcoin. Unsere Fiatwährungen werden jedes Jahr bewusst und systematisch entwertet. Langfristig löst sich nicht investiertes Vermögen in Luft auf. Dem wirken knappe Vermögenswerte wie Gold und der Bitcoin entgegen. Solche Wertspeicher können nicht durch einen zentralen Akteur beliebig vermehrt und abgewertet werden. Was für Schweizer dank dem stabilen Franken nur schwer greifbar ist, leuchtet Menschen in inflationären Staaten wie der Türkei oder Argentinien sofort ein.

Zuletzt hat die Kryptowährung eine wichtige Innovation hervorgebracht, die über die Kursentwicklung hinausgeht. Der Bitcoin ist das erste Geldsystem, das durch digitale Dezentralisierung weltweit zugänglich, zensurresistent und unabhängig von staatlicher Kontrolle ist.

Inmitten der wachsenden Skepsis gegenüber dem US-Dollar, unserer faktischen Weltreservewährung, trifft der Bitcoin den Zeitgeist. Anleger rund um den Globus können sich vor der unerbittlichen Schuldenpolitik ihrer Regierungen schützen. Das hat einen enormen Wert.

Stefan Höchle ist Head Investment Strategy der Asset-Management- und Beratungsgesellschaft Digital Asset Solutions.

Elons Werk und Donalds Beitrag

MEINUNG Der Tesla-Chef hat mit seiner Effizienzbehörde versagt. Doch hat er Wertvolles erhalten. **VALENTIN ADE**

Elon Musk verlässt das Weisse Haus. Am Freitag endete sein auf 130 Tage begrenztes Mandat als Chef des von US-Präsident Donald Trump gegründeten Department of Government Efficiency (Doge). Zumindest die Kosten für seine eigene Stelle hat Musk damit erfolgreich eingespart. Davon abgesehen bleibt nicht viel von seiner turbulenten Zeit als oberster US-Sparmeister.

Ursprünglich hatte Musk Einsparungen von 2 Bio.$ prognostiziert, später korrigierte er das Ziel auf 1 Bio. Dem steht ein staatlicher Schuldenberg von über 36 Bio.$ gegenüber, der durch Trumps Steuersenkungsgesetz um weitere über 5 Bio.$ wachsen dürfte. Elons Werk und Donalds Beitrag.

Stand heute meldet Doge sogar Einsparungen von nur 175 Mrd.$. Und selbst die Zahl muss stark angezweifelt werden, ist sie doch nachweislich teilweise aufgeblasen und ihre Berechnungsmethode völlig intransparent. Am grundlegenden Finanzproblem der USA darf Musk aber auch gar nichts ändern.

Selbst wenn er alle der rund 3 Mio. Bundesangestellten feuerte, würde das am US-Haushalt gerade mal rund 4% einsparen. Der weitaus grösste Brocken im Budget sind mit rund 54% die Ausgaben für Renten, Sozialhilfe und die staatlichen Krankenversicherungen.

Trump hat den Abgeordneten seiner Republikanischen Partei im Kongress untersagt, den Komplex anzurühren, denn die Sozialleistungen sind bei seiner Basis beliebt. Zwar gibt es massives Sparpotenzial besonders im US-Gesundheitssystem – wie auch in der Schweiz.

Doch das System ist so komplex, die Anspruchsgruppen sind derart zahlreich und gut organisiert, dass eine Reform seit langem aussichtslos scheint. Die ganze Doge-Übung war eine von Trumps üblichen Scharaden, bei denen auf grosse Ankündigungen und überschwengliche Erfolgsmeldungen dünne Ergebnisse folgen.

Grundsätzlich war es von Anfang an bizarr: Musk, der als internationaler Unternehmer auf freien Welthandel und Einwanderung von Fachkräften angewiesen ist, macht gemeinsame Sache mit Trump, der mit Importzöllen den Welthandel in Gefahr bringt und die Migration stark einschränken will.

Doch Musk erhielt eben durch die Unterstützung Trumps – er soll fast 300 Mio.$ in dessen Wahlkampf gesteckt haben – die Möglichkeit mehrerer Behörden, vor allem solche, die für die Regulierung seiner Unternehmen wie des Elektroautobauers Tesla, des Raumfahrtkonzerns SpaceX oder des sozialen Mediums X zuständig sind, entscheidend schwächen.

Dass aufgrund seines politischen Gebarens die Verkäufe von Tesla eingebrochen sind – linke, urbane Kreise, die zu seinen Hauptkunden gehörten, sind nicht als Trumpisten bekannt –, das nahm Musk wohl in Kauf. Was nützt es schon, der reichste Mann der Welt zu sein, wenn man dafür auch nicht mehr Mitbestimmung als die andern hat.